

Frankfurter Appell

Welche Parteien auch immer die Bundesregierung stellen: der von den Arbeitgeberverbänden verlangte Sozial- und Lohnabbau wird weiter vorangetrieben.

Wir wollen und werden nicht hinnehmen

- dass die von den Lohnabhängigen erkämpften Sozialleistungen (Unterstützungen von Erwerbslosen, Renten, Gesundheitsversorgung usw.) immer mehr ausgehöhlt und beseitigt werden;
- dass das Lohnniveau über die Aushöhlung von Tarifverträgen, über Arbeitszeitverlängerung, über prekäre Arbeitsverhältnisse und über wachsenden Druck auf Erwerbslose gesenkt wird.
- dass die noch bestehenden demokratischen und sozialen Rechte weiter abgebaut werden, um diese Ziele zu erreichen;
- dass die Behördenpraxis insbesondere Erwerbslose immer mehr entrechtet.
- dass Bildungschancen immer mehr vom Geldbeutel abhängig gemacht werden und somit das Recht auf Bildung vor allem für finanziell schlecht gestellte Menschen immer weiter eingeschränkt wird.

Arbeit um jeden Preis und Leben in Armut sind für uns unzumutbar

Wir finden uns nicht damit ab, dass immer mehr Menschen verarmen, während Kapitalbesitzer und Vermögende immer reicher werden. Nicht die angebliche Anspruchshaltung der Erwerbslosen, der Rentner, das "Besitzstandsdenken" der Beschäftigten oder die vorgebliche Bedrohung durch MigrantInnen sind das Problem, sondern das Profitstreben des Kapitals und der Reichen sowie eine Wirtschaftspolitik, die ausschließlich deren Profitansprüchen verpflichtet ist. Wir sehen keinen Sinn darin, dass von Anlegern x Milliarden Euro bei riskanten Finanzanlagen verbrannt oder ins Ausland verlagert werden, während wir auf das Notwendigste verzichten müssen. Wir sehen nicht ein, dass Sozialleistungen abgebaut, während Kriegseinsätze der Bundeswehr weltweit finanziert werden.

Die Unternehmen zahlen dank ständiger "Steuerreformen" immer weniger Gewinnsteuern und wollen immer weniger Sozialabgaben leisten. Denen, die sie für die Erarbeitung der Profite brauchen, bürden sie Lohnverzicht und Arbeitszeitverlängerung auf, dem immer größer werdenden "Rest" werfen sie auf die Straße. Deshalb sind die Staatskassen leer. Und so ist es schlicht eine Lüge, dass eine gute Bildung für alle, gut ausgestattete Kindergärten, eine ausgebaute öffentliche Infrastruktur und öffentlicher Wohnungsbau nicht bezahlbar seien oder Privatisierungen irgendwelche Vorteile für uns brächten.

Wir schaden uns selbst, wenn wir uns gegen unsere Kolleginnen und Kollegen in anderen Ländern in einen internationalen Dumpingwettbewerb um die geringsten Arbeitskosten, billigsten Sozialsysteme und geringsten Steuern treiben lassen. Die Regierungen der EU aber wollen genau das. Sie wollen mit Hilfe von Sozial- und Lohnabbau die USA als stärkste Wirtschaftsmacht sobald wie möglich ablösen. Das ist nicht unser Ziel. Unser Ziel sind gemeinsame Kämpfe über alle Ländergrenzen hinweg.

Der Erfolg der internationalen Hafentarbeiter gegen Port Package II macht uns Mut, ebenso das französische und niederländische Nein zur EU-Verfassung sowie der Erfolg der Bewegung in Frankreich gegen die Abschaffung des Kündigungsschutzes für junge Berufseinsteiger bis 26 Jahren (CPE).

Wir sehen nicht ein, dass es uns immer schlechter gehen soll, während unsere Produktivität zunimmt und der von uns erarbeitete Reichtum Jahr für Jahr wächst.

Wir sehen uns als Teil der weltweiten sozialen Bewegungen, wie sie sich auch in den Kämpfen gegen Kriegsgefahr, Faschismus, Rassismus, Antisemitismus, Abbau demokratischer Rechte und Umweltzerstörung ausdrücken.

Nehmen wir unsere Interessen selbst in die Hand, statt auf ein nicht vorhandenes Verantwortungsbewusstsein von Kapitaleignern zu setzen.

Alle gemeinsam gegen Sozial- und Lohnabbau!

Wir fordern:

- Einen gesetzlichen Mindestlohn, mindestens 10 € brutto die Stunde
- Arbeitslosengeld in Höhe von 80% des letzten Nettoentgelts für alle Erwerbslosen für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit
- Ein Mindesteinkommen für Erwerbslose, mindestens 500 € Eckregelsatz, partnerunabhängig, plus Unterkunfts- und Heizungskosten, damit auch Anhebung der Kinderregelsätze, ohne Bedürftigkeitsprüfung und repressionsfrei. Jährliche Anpassung an die jeweilige Inflationsrate.
- Bedarfsorientierte Festsetzung der Kinderregelsätze
- Die Kosten der Arbeitslosigkeit sind von den Unternehmern zu tragen
- Flächendeckende staatliche Finanzierung von unabhängigen Beratungsstellen für Erwerbslose
- 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Sozialversicherungspflicht für alle Beschäftigungsverhältnisse – Abschaffung der 1-Euro-Jobs und der Mini-Jobs
- Die Senkung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre ohne Abschläge, eine ausreichende gesetzliche Mindestrente, kein Abbau gesetzlicher Renten zugunsten privater Renten
- Eine gesetzliche Krankenversicherung für alle ohne Beitragsbemessungsgrenze, mindestens paritätisch finanziert; bedarfsdeckende Leistungen ohne Zuzahlung; massiver Ausbau der Prävention
- 53 % Körperschafts- und Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer
- Die Wiedererhebung einer Vermögenssteuer und Erhöhung der Erbschaftssteuer
- Den uneingeschränkten, vollständig steuerfinanzierten, gebührenfreien Zugang zu Bildungs-, Erziehungs- und Kultureinrichtungen und deren Ausbau, keine Steuergelder für Eliteuniversitäten
- Stopp und Rücknahme der Privatisierungen öffentlichen Eigentums
- Eine qualifizierte Berufsausbildung für alle, Ausbildungspflicht für Unternehmen
- Uneingeschränktes Bleiberecht für Flüchtlinge
- Gleiche Rechte für alle Menschen, die hier leben
- Uneingeschränktes Streik- und Demonstrationsrecht

Dazu gibt es für uns keine Alternative.

Weg mit den Hartz-Gesetzen und der Agenda 2010 !

Schluss mit den Reformen gegen uns!